

**Stellungnahme der Klausner Gruppe zum Stand der rechtlichen
Auseinandersetzung mit dem Land Nordrhein-Westfalen/
Aktuelles Urteil des EuGH**

Nachdem der EuGH das Vorgehen des Landes NRW somit nicht bestätigt hat, insbesondere nicht zu angeblichen Beihilfen befunden hat (was Aufgabe der EU -Kommission ist) gehen wir nun davon aus, dass die EU-Kommission dem erkennbaren Rechtsmissbrauch von NRW-Minister Johannes Remmel ein Ende bereitet. Wir fordern das Land NRW nochmals auf, den Schaden von Klausner auszugleichen und zu einem Treu und Glauben entsprechenden Verhalten zurückzukehren.

Oberndorf i./T, am 11. November 2015